

INHALT

Barrierefreiheit

Der Verkehrsraum muss für alle barrierefrei werden. **S. 2**

Klimaschutz

Mehr Gründächer vermeiden volllaufende Keller. **S. 3**

Kinderbetreuung

Kita-Gutscheine führen zu mehr Verlässlichkeit. **S. 4**

Fraktion zieht an Altenwall um

Die Grünen-Fraktion bezieht ein neues Domizil: Ab 20. März hat sie ihr Büro am Altenwall 25 in 28195 Bremen.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,
Christopher Kulmann

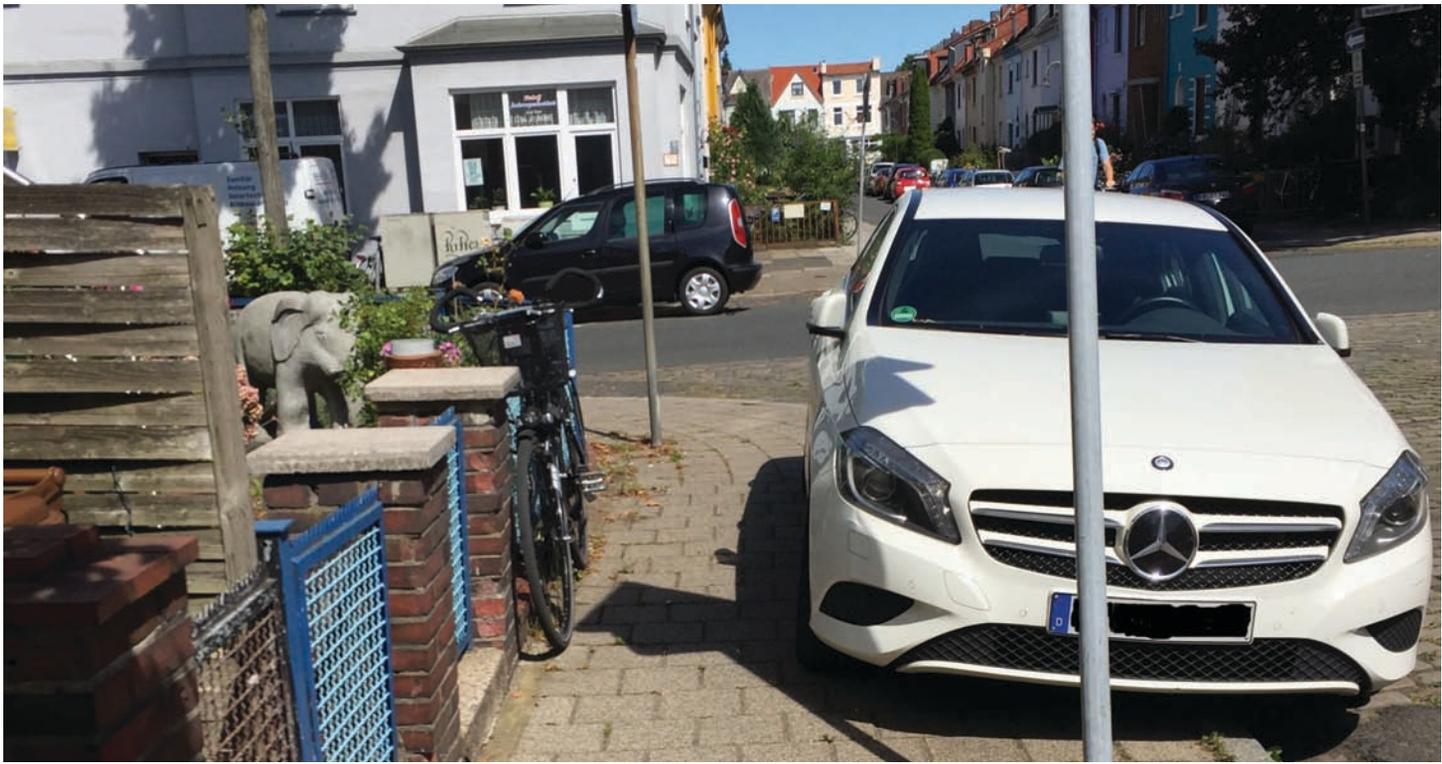
Druck: Geffken & Köllner, Bremen



Der Befund ist eindeutig: Armut macht krank und Krankheit macht arm. Auch in Bremen müsste es zum Gegensteuern in den Quartieren, in denen sich chronische Erkrankungen und andere Probleme ballen, mehr Haus- und KinderärztInnen geben. Die Grünen-Fraktion erwartet dafür Unterstützung von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Zudem fordert die Fraktion, besondere Anforderungen in der Behandlung wie mehr Zeitaufwand z.B. durch Sprachbarrieren und komplexe Mehrfacherkrankungen bei der Vergütung zu berücksichtigen. Nicht zuletzt will die Fraktion die erhöhten Mittel für Gesundheitsprävention gezielt in ärmeren Stadtteilen eingesetzt wissen.

„Derzeit haben Gesundere auch in Bremen einen leichteren Zugang zu Gesundheitsleistungen als kränkere Menschen.

Das ist ungerecht und muss sich ändern. Insbesondere Haus- und KinderärztInnen müssen gerade in Stadtteilen mit vielen chronisch Kranken und Schwerkranken gut und schnell erreichbar sein. Um den Zugang zu verbessern, sind weitere Gespräche zwischen KV, Kammern, Kassen und Verwaltung nötig. Die höheren Anforderungen an ÄrztInnen in Quartieren mit vielen Problemlagen müssen auch bei der Vergütung berücksichtigt werden. Das muss auf Bundesebene geregelt werden“, betont Kirsten Kappert-Gonther. Die gesundheitspolitische Sprecherin erwartet ferner, dass zusätzliche Mittel für Prävention gezielt in ärmeren Stadtteilen mit hohem Krankenstand eingesetzt werden. „Das schafft mehr Gerechtigkeit. Gesundheitsprävention ist auch Armutsprävention“, so Kirsten Kappert-Gonther.



Barrieren beseitigen

Aufgesetzt parkende Autos, achtlos aufgestellte Verkehrszeichen sowie an Vorzäunen und Schildern angeschlossene Fahrräder engen an vielen Stellen im Stadtgebiet den Gehweg ein – wer auf den Rollstuhl oder Rollator angewiesen ist, einen Kinderwagen schiebt oder mit schweren Einkaufstaschen unterwegs ist, muss sich dort mühsam durchzwängen. Auch die Jüngsten, die mit dem Roller oder Rad den Fußweg benutzen müssen, werden dadurch beeinträchtigt. Die Grünen-Fraktion fordert nun ein Maßnahmenpaket zur Barrierefreiheit im Verkehrsraum, um bestehende Brennpunkte zu entschärfen.

„Menschen müssen sich ohne unnötige Einschränkungen auf den Verkehrswegen bewegen können. Das macht Lebensqualität aus. Vor allem verbessert Barrierefreiheit aber auch die Verkehrssicherheit. Zwar sind die

gesetzlichen Vorschriften zur barrierefreien Gestaltung von Straßen, Fußwegen und Haltestellen eindeutig. In der Praxis jedoch ist die Fortbewegung häufig immer noch durch hohe Bordsteinkanten, fehlende Querungshilfen und Falschparker erheblich eingeschränkt. Kaum überwindbare Hindernisse sind nicht akzeptabel“, so der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Fraktion fordert freien Verkehrsraum

Um für mehr Barrierefreiheit zu sorgen, hat die Grünen-Fraktion einen Forderungskatalog erarbeitet. Dieser sieht u.a. vor, sichere Fuß- und Radwege zu schaffen. Dazu gehört, Unebenheiten zu beseitigen, die Wege möglichst von Schildern freizuhalten und für Fahrräder ausreichend Abstellplätze auch zu Lasten

von Pkw-Parkplätzen zu schaffen. In Kreuzungsbereichen müssen die Bordsteine in der gesamten Stadt schrittweise abgesenkt werden, um ein ungehindertes Passieren der Straße zu ermöglichen. Aufgesetztes Parken schränkt die Gehwege stark ein. Dies soll stärker reglementiert werden. Die Einmündungsbereiche müssen konsequenter von Falschparkern freigehalten werden – auch um das Durchkommen von Rettungsfahrzeugen zu gewährleisten. Damit Hauptverkehrsstraßen gut überquert werden können, setzen sich die Grünen u.a. für mehr Bedarfssampeln und Mittelinseln ein. An der Martinstraße in Höhe Pieperstraße und an der Ecke Sögestraße/Knochenhauerstraße sollen Countdown-Ampeln getestet werden.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Dächer begrünen

Die Grünen-Fraktion fordert ein Förderprogramm für HauseigentümerInnen, um die negativen Folgen des Klimawandels einzudämmen.

Im Zuge des Klimawandels nimmt starker Regen in Bremen zu. Die Folge: Überschwemmte Straßen und vollgelaufene Keller. Denn das Regenwasser kann in einer zunehmend durch Neubaugebiete verdichteten Stadt nicht schnell genug versickern. Um die Überflutungsgefahr zu verringern, fordert die Grünen-Fraktion mehr begrünte Dächer. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen HauseigentümerInnen wieder Fördermittel beantragen können. Außerdem will die Fraktion in Neubaugebieten vermehrt Gründächer vorschreiben, wie andere Städte das längst machen.

„Begrünte Dächer halten Niederschläge zurück, die Überschwemmungsgefahr sinkt und die Kanalisation wird entlastet. Ein Großteil des Wassers verdunstet, der Rest fließt zeitverzögert ab. Gründächer wirken sich positiv aufs Stadtklima aus, weil Schadstoffe und Staub aus der Luft gefiltert werden. Bei Hitzewellen im Sommer, die es hier laut Klimaprognosen häufiger geben wird, kühlen Gründächer die Gebäude ab. Nicht zuletzt können begehbare Dächer mit Pflanzen zu einem attraktiven Erholungsort umgestaltet werden. In einer wachsenden Stadt wie Bremen, in der immer mehr Flächen versiegelt werden, ist mehr Grün wichtig. Wir wollen die Landesbauordnung ändern, damit gerade in Neubaugebieten vermehrt Gründächer auf die

Häuser kommen. Im neuen Hulsberg-Quartier und in der Gartenstadt Werdersee wird das bereits berücksichtigt“, erläutert die Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer den Vorstoß.

Neben einer Gründachverordnung für Neubauten will die Fraktion das Förderprogramm für Dachbegrünung wieder Privatleuten zugänglich machen. Derzeit gilt dies nur für Großwohnanlagen – jedoch ohne Erfolg, wie eine Kleine Anfrage ergeben hat.



Gutschein-System für verlässlichen Kita-Platz

Zuzüge, eine unerwartet hohe Geburtenrate und ein verändertes Anmeldeverhalten haben dazu geführt, dass zu Beginn des Kindergartenjahres 650 Kita-Plätze fehlten. Offenbar ist aber auch das starre Planungssystem überfordert, solche Schwankungen verlässlich aufzufangen. Die Grünen-Fraktion macht sich für einen Systemwechsel stark: Die zentrale und kleinteilige Planung von Betreuungsplätzen soll perspektivisch durch ein flexibles Kita-Gutschein-Modell ersetzt werden, wie der kinderpolitische Sprecher Matthias Güldner im Interview fordert.

Hamburg hat das Gutschein-System und da läuft der Kita-Ausbau gut. Warum?

Matthias Güldner: Das Kita-Gutschein-System vereinfacht die Planung erheblich. Die Stadt stellt mit einem Rahmenvertrag weiterhin die Qualitätsstandards sicher, plant aber nicht jeden Kita-Platz selbst. Das machen die Träger anhand der tatsächlichen Nachfrage. Die Eltern erhalten von der Behörde einen Gutschein mit der gewünschten Stundenzahl und lösen ihn bei einer Kita ein, die ihren Bedürfnissen entspricht. Die Kita rechnet die Kosten auf Basis des Gutscheins direkt mit der Stadt ab. Das entlastet



alle Kitas vom bürokratischem Aufwand. Für Träger und Eltern wird es einfacher.

Kritiker wenden ein, dass Träger dann wohlhabende Stadtteile bevorzugen.

Die Zahlen aus Hamburg und Berlin widerlegen diese Befürchtung. Dort sind auch mit Gutschein-System viele Kitas in ärmeren Quartieren entstanden. Das gehört zum Selbstverständnis der sozialen Träger und Kirchen, aber auch der städtischen Einrichtungen. In Berlin erhalten die Kitas z.B. Zuschläge, wenn viele Kinder Sprachprobleme haben. In Hamburg steht Kitas in benachteiligten Stadtteilen mehr Personal zu. Wir können von beiden Vorbildern die Elemente übernehmen, die für Bremen passen. Es gibt dabei

viel politischen Spielraum. Wir müssen beim Kita-Ausbau deutlich besser werden, arbeitende Eltern sind darauf angewiesen und zugleich ist das Armutsbekämpfung.

Aus dem Stand kann man das System aber nicht umstellen, oder?

Nein, das braucht Vorlauf. Neben dem nun forcierten Kita-Ausbau müssen wir aber jetzt auch eine Taskforce für die Systemumstellung einrichten und dabei die Träger einbeziehen. Die Umstellung muss parallel zum aktuell nötigen Ausbau erfolgen. Dafür brauchen wir zusätzliche Kräfte in der Verwaltung, weil nicht dieselben Leute für den jetzigen Kita-Ausbau und für die Implementierung eines Gutschein-Systems für die Zukunft sorgen können.